

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch den Postweg 1,40 Mk. für die Woche...

Freitag, den 17. Juni 1921

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 10 Zentimeter, oberer Raum 0,80 Pfg. pro Zeile...

Ein Appell an das Proletariat der Welt.

In Oberschlesien herrscht der weiße Terror gegen die Arbeiterschaft und insbesondere gegen die Kommunisten.

Der Aufstand, welcher ursprünglich eine spontane Auflehnung politischer Kapitalisten und Beamten war, geriet bald in ein rein nationalistisches Fahrwasser.

Der Diktator Korfanty erläßt unersuchte Blutbescheide über die Todesstrafe für eine Aufforderung zum Streik...

Die Mißhandlungen der Arbeiter spotten jeder Beschreibung.

Die größte Schande dieser Schreckensherrschaft aber ist doch die Führer der Arbeiterorganisationen zu Henkesknechten...

Der sogenannte Vollzugsausschuß des Herrn Korfanty besteht aus Mitgliedern der polnischen Berufsvereinigungen...

Unter den Henkern, die die Arbeiter in rohester Art mißhandeln und mordend, zeichnet sich besonders, wie bereits geschildert, ein P.S.-Mann Köhner aus...

Der weiße Terror gegen die Arbeiterschaft stützt sich auf verräterische Arbeiterführer.

Wir betonen ausdrücklich, daß die an dem Aufstand beteiligten Arbeiter an den Terrorakten ihrer Vorgesetzten nicht schuldig sind.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft Oberschlesiens ist zu schwach, um sich selber lastkräftig wehren zu können.

der Arbeiterschaft unterbindet und eine Präventivmaßnahme, die in unseren Zeitungen jeden Protest gegen den Arbeitermord...

Die schon zensurierte Zeitung wird dazu noch schonungslos von reaktionären Aufstandsführern konfisziert.

Wir erheben schärfsten Protest vor der Arbeiterschaft der Welt gegen die Schreckensherrschaft, die von den polnischen und deutschen Weißgardisten...

Wien, 6. Juni 1921.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Oberschlesiens.

Die obereschlesische Krise.

Am 11. Juni hatte der Orgesch-General Hofer seitens der Interalliierten Kommission die Aufforderung erhalten...

General Hofer und der Zwölferausschuß der politischen Parteien lehnten dies entschieden ab und stellten ihrerseits Bedingungen für die Auflösung des deutschen Selbstschutzes auf.

Daraufhin stellte die I.M. die Säuberungsaktion ein, und kündigte einen Schritt des französischen Botschafters Laurent bei der deutschen Regierung an.

Nach den bisher unkontrollierbaren Meldungen des „8 Uhr Abendblattes“ soll die Reichsregierung auf dem Standpunkt stehen, daß für die Vorgänge in Oberschlesien die interalliierte Kommission in Opatowitz allein verantwortlich sei.

Neue Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und dem Zwölferausschuß haben bisher nicht stattgefunden.

Politische Uebersicht.

Der Profit der Domänenpächter.

Aus dem Hauptausschuß des Landtages.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages ist die Beratung über den Haushaltsplan der Domänenverwaltung abgeschlossen.

Der Abg. Peters (SPD.) brachte zur Sprache, daß vom Postmeister Lager Soldaten und Offiziere, die dort als Siedler untergebracht waren, nach Oberschlesien zum „Kampf“ ausgerückt sind.

Für Moortulstivierung und Landgewinnungsarbeiten leitet der Haushaltsplan 1.410.000 M. aus.

Im ganzen zelten die Ausschussberatungen, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien entschlossen sind, den Grundbesitz durchzuführen...

Die Mörder der Vorwärtsparlamentäre werden nicht bestraft!

In den Januarkämpfen 1919, als der „Vorwärts“ von den Eberttruppen belagert war, in dem sich revolutionäre Arbeiter befanden, verließen sieben Parlamentäre die Gebäude...

Das Gericht mußte damals selbst die Tatsache der Ermordung zugeben. Es wurde ein Verfahren gegen den Schuldigen, Major Steubani, der damals den Oberbefehl führte...

Wir Kommunisten haben damals gefragt: Wird Major Steubani vor ein öffentlich tagendes Gericht gestellt werden? Wann wird es geschehen?

Zweieinhalb Jahre trennen uns bereits von der Ermordung der „Vorwärts“-Parlamentäre. Die Angelegenheit soll jetzt ganz vertuscht werden.

Wir fragen den Herrn Justizminister: Ist es wahr, und ist das überhaupt möglich, daß die Ermordung der „Vorwärts“-Parlamentäre unbestraft bleibt?

Massendemonstrationen der Erwerbslosen zum 20. Juni.

In einem Rundschreiben des Reichsausschusses der Erwerbslosenräte Deutschlands an die Gewerkschaften und die Erwerbslosenräte wird darauf aufmerksam gemacht...

Der Kampf um die Inalterprofite.

Reichstagsführung, Mittwoch, den 15. Juni.

Das Gesetz zur Veränderung des Wehrgesetzes wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Zurückführung der Debatte über die Zwangswirtschaft.

In dem Gesetzentwurf über das Umlageverfahren liegen folgende Entwürfe vor: ein Antrag der Deutschen Volkspartei lehnt die Vorlage ab und verlangt Klaffung der freien Wirtschaft.

Der Zentrumsvorredner Bormsehl verteidigt im Vertrauen seiner Fraktion die freie Wirtschaft.

Abgeordneter Dufche (D. Sp.) tritt für die gänzliche Freigabe des Getreides ein. Auch dem Umlageverfahren werden die landwirtschaftlichen Organisationen entgegengetreten.

Abgeordneter Dr. Herz (USP.): In einem Schreiben vom 6. April teilte der Reichsernährungsminister Herms dem Reichsausschuss für Ein- und Ausfuhrbewilligung mit...

Ein großer Teil davon gelangte in die Hände der polnischen Feinde. Das Umlageverfahren wird von seinen Befürwortern selbst nur als ein Auswege für die freie Wirtschaft betrachtet.

Abgeordneter Dr. Böhme (Demokrat) tritt für die freie Wirtschaft ein. Die ungeheuren Kosten des Umlageverfahrens werden eine dauernde Aufwendung für die Getreidezufuhr unumgänglich machen.

Abg. Eckardt (USP.):

Bei der Behandlung dieser Frage zeigt sich wieder, daß das kapitalistische Wirtschaftsprinzip und der kapitalistische Staat nicht mehr in der Lage sind die Wirtschaft in irgendeiner Form so einzustellen...

Bürgerlichen immer wieder damit, daß ihnen endlich einmal die Geduld reichen werde. Wenn aber auch ihre Geduld noch nicht reicht...

Nun sollen auch diese letzten Reserven durch diese Vorlage verteuert werden.

Jetzt muß die Zeit kommen, da die Geduld der hungernden Proleten ihr Ende hat.

Die Zwangswirtschaft ist sinnlos, wenn nicht auch der Anbauzwang rückwärts ein- und durchgeführt wird.

1919 wurden durch die Reichsgetreidestelle an Getreide ohne die selbstversorgenden Kommunalverbände 1.900.000 To. erfasst.

Die Rohstoffe des Staates werden eben nur gegen hungernde Proleten verwendet.

Das Umlageverfahren ist in Wirklichkeit nur der verkappte tatsächliche Freihaudel.

Zur Sicherstellung der Volksernährung fordern wir:

- 1. Anbauzwang für alle landwirtschaftlichen Großbetriebe. 2. Entschärfung aller brachliegenden Ländereien... 3. Zwangsweise Verwendung von Auswüchsern durch die Großgrundbesitzer... 4. Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den landwirtschaftlichen und industriellen Produzenten... 5. Die Einfuhr des noch erforderlichen Getreides aus dem Ausland...

Bei der Abstimmung über dieses Gesetz wird es sich nochmals zeigen, ob die Vertreter der SPD. und USPD. gewillt sind, der Verteilung entgegenzutreten...

Die Abstimmung über die Vorlagen wird auf Donnerstag, den 17. Juni, stattfinden.

### Mörder sind in München gut geborgen.

Der gedungene Mordbock, der den Abgeordneten Carels mentschlich niederschlug, ist noch nicht gefundener. Die Agenten des Herrn Rechner suchen die Spur, soweit eine solche vorhanden ist, mit allen Mitteln zu verfolgen. Die Presse muß die unmöglichsten Gerüchte über die Ursachen des Mordes verbreiten. Als die blöde Fabel von der Ermordung Carels durch Kommunisten gar zu lächerlich wirkte, versetzten die Schmocks auf eine andere Lüge und versuchten die Tat als eine Eifersuchtsstat hinzustellen. Den Konterrevolutionären hilft weder ihr Leugnen noch ihr Schwören. Das bayerische Horthy-System ist derartig berichtigt, daß jeder anständige Mensch in Deutschland den Mord auf das Konto der Boehnerischen Gewaltherrschaft setzen muß.

Die Arbeiterklasse in ganz Deutschland hat in riesigen Protestkundgebungen und Demonstrationen ihren einmütigen Abscheu gegen die bayerische Mordregierung kundgetan. Sie darf es bei der Protestaktion nicht bewenden lassen. Sie darf auch nicht dulden, daß der Kampf gegen die hochverräterische Kahr-Regierung zu einem parlamentarischen Postenspiel ausartet. Das Parlamentarier muß den Parlamenten mit dem denkbar schärfsten Mißtrauen gegenüberstehen. Niemand darf sich auf das Parlament verlassen, eine Aktion gegen das Kahr-System kann nur aus den werktätigen Massen, d. h. aus den Betrieben herauswachsen und zu einem revolutionären Erfolge führen. Die Forderung der Internationales der sozialdemokratischen Parteien im Reichstage und im bayerischen Landtage wird den Massen den Nachweis liefern, daß sie noch immer von den Parlamenten verraten werden. Deshalb muß die Arbeiterklasse im Gegensatz zu ihren Führern den Kampf außerhalb der Parlamente verfolgen. Nur dann kann sie Horthy-Bayern besiegen.

### Was für die Arbeitslosen geschieht.

Die Arbeiter belohnen mit Recht, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund für die Arbeitslosen nichts getan hat. Der A.D.G.B. veröffentlicht im „Vorwärts“ eine lange Erklärung, worin er sich zu verteidigen sucht. Es ist interessant, in welcher Weise es geschieht. Die Herren vom A.D.G.B. weisen darauf hin, daß beim Reichsberufungsministerium eine aus Vertretern der freien, der christlichen, der sozialdemokratischen Gewerkschaften und der Sozialistischen Kommissionen errichtet worden ist, die bei der Vergabe der Aufträge der Verkehrsverwaltung im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mitwirkt. Na, bereits eine Sitzung dieser Kommission hat stattgefunden! Damit ist aber nicht genug. Ähnliche Kommissionen von Gewerkschaftsvertretern werden auch bei den einzelnen Generaldirektionen der Eisenbahn eingerichtet. Und die Arbeitslosen laßen noch, es würde nichts sein, sie anerkennen nicht die „riesige Arbeit“, die für sie geleistet wurde. Glückliche Kommissionen! Arme Arbeitslose! Mit welchen Mitteln sollen sie „gefüttert“ werden!

### Ordnungsbefehl.

Wie die Sipos bei der Niederwerfung der mittleren deutschen Abwehraktion des Proletariats mitwirkte, ist in der Arbeiterpresse schon an vielen grauenerregenden Beispielen dargelegt worden. Jetzt hat ein Arbeiter Alex Wiesemann aus Merseburg Angaben zu Protokoll gegeben, wonach er nach seiner Verhaftung in den Leunawerken in einem Zimmer der Schutzpolizei aufs schwerste mißhandelt wurde. Als Führer der Abteilung waren ein Graf Boninski, zwei Leunawerker, zwei Wachtmeister und ein Angestellter des Leunawerkes dabei. Der Graf trug den Orden „Pour le mérite“.

Bei den Mißhandlungen mit der Keitrettsche um hat ein Schlag über das Ohr zur Folge gehabt, daß der Verwundete auf dem getroffenen Ohr seitdem nichts mehr hören kann. Nachdem auch seine Mutter noch vernommen war, wurde ihr von dem Grafen Boninski eröffnet, daß ihr Sohn wegen „Hochverrats“ erschossen werden würde. Er wurde dann mit sechs anderen Gefangenen in eine Kiesgrube geführt, wo er erschossen werden sollte. Es ist Strafantrag gestellt worden gegen die uniformierten Kahlhunde, die den völlig Unschuldigen unter Mißbrauch der Amtsgewalt mißhandelt und mit Erschießen bedroht haben.

Die Abteilung des Grafen Boninski soll übrigens diejenige Abteilung sein, die auch an der Lösung der Arbeiter Regel und Bloch und an der amtllich gegebenen „Standrechtlichen“ Erschießung des Arbeiters Peter aus Querfurt beteiligt war. Die weißen Mordbestien fürchten sich nicht und lachen der Strafanträge, da alle maßgebenden „Chefs“ in der Oberrepublik frei und unangestastet herumlaufen dürfen.

### Ein Ortschaftsmunitionslager entdeckt und — Kommunisten dafür in Haft genommen. Eine neue Hege gegen Müller-Brandenburg?

Der Landesentscheidungskommissioner in Weimar teilte unter dem 13. Juni an mich mit, daß in einem Orte zwischen Gera und Ronneburg ein Lager mit Infanterie- und M.G.-Munition mit 30 000 bis 40 000 Patronen entdeckt und beschlagnahmt wurde. Im Zusammenhang mit dieser Entdeckung sind in Gera mehrere Personen, die der Sozialistischen Kommunistischen Partei angehören oder angehört (?) in Untersuchungshaft genommen worden, darunter auch zwei Wachtmeister der Thüringischen Landespolizei. Sie werden wegen Nichtanmeldung eines ablieferungspflichtigen Munitionslagers sich zu verantworten haben.

Ist das nicht der reaktionäre Frechheit die Arzene anzuwenden? Der reaktionäre Weimarer Entschuldigungskommissioner hat über den Charakter des Munitionslagers nur vage Andeutungen gemacht. Ist es da zweifelhaft, daß es sich um ein Ortschaftslager handelt? Wenn nicht der verantwortliche Ortschaftsbeamte, die den Weimarer Herren sicherlich wohl bekannt sind, Kommunisten sind — welche andere soziale Epithelprobe — der Sozialistischen Partei angehörig oder angehört? — und besonders Angehörige der Landespolizei verhaftet werden, so ergibt sich hieraus ganz klar der Zusammenhang mit der von den monarchistischen Beamten der Republik mit färschlicher Frechheit betriebenen Hege gegen die republikanische Landespolizei und gegen den republikanischen Polizeikommandeur Müller-Brandenburg. Dieser Müller ist bereits der systematischen Hege der Reaktion zum Opfer gefallen. Das Programm des Hochverratsverfahrens, mit dem die Reichsregierung folgendem Stand anzuwärtelt hat, nicht eingeleitet worden ist, wird kein Hochverrat vorliegen, auch er keinen Boden verlassen. Müller-Brandenburg war der Reaktion ein Hindernis in ihrem Vorhaben, die Sipos zu einem gewissen Werkens der Konterrevolution zu machen. Müller-Brandenburg war Demokrat, deshalb wurde er verhaftet.

Müller-Brandenburg hat inzwischen in der „Welt am Sonntag“ begonnen die Einwirkungen der reaktionären Hege gegen ihn und die Führung republikanischer Landespolizei bekannt zu geben. Er berichtet, wie seine Festsetzungen als „Schubel“, als „republikanische rote Horde“ und er als „Bolschewik“ verurteilt werden, weil er „sonst hätte, organisierte Arbeiter mit republikanischer und so-

zialistischer Organisation in die Postel und sogar in Führerrollen aufzunehmen. Mit Recht betont er, daß diese Truppe der monarchistischen Konterrevolution besonders deshalb ein Dorn im Auge war, weil sie in Thüringen stand, wo sich die wichtigsten deutschen Eisenbahnhauptlinien treffen.

Die merkwürdige „Kommunistenverhaftung“ bei Entdeckung eines Ortschaftsmunitionslagers soll wohl noch einmal die von den Konterrevolutionären betriebene „Affäre“ Müller-Brandenburg auf das Gebiet des Hochverrats hinüberspielen.

Die Einflußlosigkeit der regierenden Sozialdemokraten kann nicht besser illustriert werden als durch solche erfolgreiche „Säuberung“ der öffentlichen Meinung selbst von demokratischen Beamten, und die Unversöhnlichkeit, mit der zu diesem Zweck die verbrecherischen Intrigen in die Welt gesetzt werden.

### Die Postverwaltung im Dienste der Ortschaftsmörder.

Die Zentrale unserer Partei verbande an die Organisationen in der Provinz ein Telegramm, worin zu Massenkundgebungen gegen den Mord an Carels und die Ortschaftspolitik aufgerufen wird. Die Telegraphenverwaltung hat die Beförderung dieser Telegramme abgelehnt. Sie stellt sich damit offen in den Dienst der Ortschaftspolitik. Die von dem Haupt-Telegraphenamt in Berlin zur Begründung dieser Maßnahme zitierte Verordnung vom Jahre 1904 unterbindet nur die Beförderung von Telegrammen, die der Vorbereitung von Verbrechen, der Unruhen und ähnlichem dienen. Das von der Zentrale der Partei versandte Telegramm dient aber, sollte man meinen, gerade der Verhinderung zukünftiger Verbrechen durch die Ortschaften und der fortgesetzten Verleugung der Verfassung durch die Kahr-Regierung. Die Telegraphenverwaltung meint es anders. Sie unterstützt als „republikanische“ Behörde die monarchistischen Umtriebe der Mord-Ortschaft gegen die Arbeiter. Unsere Genossen in den Parlamenten werden für das völlig unbegründete Verhalten der Telegraphenverwaltung Rechenschaft verlangen.

### Zuchthaus statt Arbeit und Brot. Arbeiter! Klassengenossen!

In den Zuchthäusern und Gefängnissen der „freiesten Republik der Welt“ schmachten Tausende Proletarier, Tausende von Eurem Fleisch, von Eurem Blut! Revolutionäre Klassenkämpfer, die in den Märztagen in Aktion traten, um die Herausforderungen der Bourgeoisie abzuwehren, die in Aktion traten gegen die kapitalistische Anarchie, mit dem Ziel, Arbeit und Brot für alle zu schaffen!

Arbeiter! Proletarier! Viele von Euch, die in den Märztagen die Notwendigkeit des Kampfes nicht einsehen, die die ungeheure Gefahr, die mit der Willkür der Unternehmer, mit dem Erstarken der Reaktion für die gesamte Arbeiterklasse heraufzieht, nicht erkannten, sind durch ihre eigenen Erfahrungen, durch die Entwicklung der politischen Situation in Deutschland belehrt worden! Klassengenossen! Wenn auch in diesem Augenblick der Zeitpunkt noch nicht da ist, wo die großen Massen der Werkstätten aufstehen wie ein Mann, um aller Not, allem Elend und allem Jammer ein Ende zu bereiten, so müssen wir doch heute, in dieser Stunde, alles tun, um die Hungerqualen unserer gefangenen Brüder zu lindern!

Die „Rote Hilfe“, die zentrale Fürsorge-Organisation für die politischen Gefangenen und Inhaftierten, braucht gewaltige Mittel, um die in den Zuchthäusern schmachtenden mit Nahrungsmitteln zu unterstützen.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Zeigt der Bourgeoisie, zeigt den Henkern und Schlächtern des Proletariats, zeigt der „freiesten Demokratie der Welt“, die auf Euren Ruf nach Arbeit und Brot mit Lohnabbau und Zuchthaus antwortet, daß Ihr in unverbrüchlicher Solidarität mit den gemarterten Kollegen und Kolleginnen verbunden seid! Beranstatet überall, wo es nur möglich ist, Sammlungen von Geld, Nahrungsmitteln und Lebensstoff für die politischen Gefangenen und Inhaftierten.

Unterstützt die „Rote Hilfe“.

### Die KAPD. und der dritte Weltkongress.

Der Zentralausschuss der KAPD. befaßte sich nach einem Bericht in Nummer 203 der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ in einer Sitzung mit dem dritten Weltkongress der Kommunistischen Internationalen. In diesem Bericht heißt es: „Von dem 3. Weltkongress der 3. Internationale haben wir wohl kaum eine Wendung der bisherigen opportunistischen (?) und unfruchtlichen (?) Politik der 3. Internationale zu erwarten, im Gegenteil in anbrecher der Tatsache, daß das C-S. ähnliche zentralistische Gruppen, wie die italienische Partei unter Terrati und die Gruppen Lewis zum Kongress eingeladen hat, haben wir eher noch eine Reaktion des Kongresses nach „rechts“ zu erwarten. Die KAPD. wird durch ihre Delegierten auf die Gefahren der 21 Punkte für den Sieg der Weltrevolution hinweisen und von den Beschläffen des Kongresses ihre weitere Herabwürdigung zur 3. Internationale abhängig machen. Von ihrem Programm jedenfalls wird sie keine Dent covenen sondern sofort, wenn dieses verlangt wird, die Forderungen ziehen.“

Nach Erledigung der Tagesordnung wurden auf einstimmigen Beschluß der Delegierten an den Moskauer Kongress folgende zwei Telegramme geschickt:

I. Zu den Kongress:  
Die KAPD. begrüßt den 3. Kongress der Kommunistischen Internationalen.

Sie erwartet, daß der Kongress Rückblicken auf die den Interessen der Weltrevolution im allgemeinen und der Interessen der Revolution in Westrussien im besonderen gerecht werden. Nur eine Laßt, welche die Zerkleinerung der proletarischen revolutionären Gewerkschaften, den Aufbau der Betriebsorganisationen (Nakom) verbietet und also jede Art parlamentarischer Politik bekämpft, dient den Lebensinteressen der Weltproletariats!

II. Zu die Delegierten der KAPD.

Der erweiterte Zentralausschuss der KAPD. erklärt:  
1. Die Zweckmäßigkeit der KAPD. zur 3. Internationale (sympathisierend oder vollständig) bleibt abhängig von der Unanfechtbarkeit des Programms.  
2. In der Frage der Verknüpfung mit der KAPD. ist jedes Ultimatum abzulehnen.  
3. Die Delegierten erhalten die Vollmacht, unter Umständen den sofortigen Austritt aus der 3. Internationale zu erklären.

Mit dem Programm der KAPD. wird der 3. Weltkongress sehr schnell fertig werden. Er wird weder keine Beziehung zu den Wünschen der KAPD.-Führer haben, noch wird er die programmmäßige Programmmäßigkeit der KAPD. sich zu eigen machen. Im Gegensatz zu den KAPD.-Zentralen sind wir der Auffassung, daß von dem 3. Weltkongress eine Aktivierung der revolutionären Parteien ausgeht wird. Die Sorge um die Sozialdemokratischen der West- und Ostgruppen kann die KAPD. selbst der 3. Internationale überlassen. Im übrigen hat die KAPD. keinen Grund, sich auf hohe Pferd zu setzen. Ihre Bestimmung ist

und Großsinnigkeit nach außen soll schließlich ihre Innen-Schwäche verdeutlichen, die so katastrophal ist, daß der Arbeiterausbruch der KAPD. in einem Rundschreiben an die Mitglieder bereits seinen Fankrett ankündigt. Eine Partei, in deren Versammlungen nach einem Einverständnis die „Diskussionen“ hauptsächlich um persönliche Klatsch drehen, kann keinen Anspruch darauf erheben, als revolutionäre Kampfpartei gewertet zu werden. Sie ist höchstens ein Diskutterklub der Redner und Mischmacher. Der beste Beweis für die Richtigkeit der Behauptung ist damit gegeben, daß die KAPD.-Zeitung selbst schreibt: „Unsere Propaganda vermag vollkommen.“

Wir zweifeln nicht daran, daß die klaren revolutionären Elemente der KAPD. den Sinn der Kommunistischen Internationale besser erfaßt haben, als ihre Führer. Sie werden deshalb nach dem Weltkongress den Weg zur Vereinigten Kommunistischen Partei finden und die Gruppen der Konfusion und Unklarheit unter sich lassen.

### Indirekte Steuern.

Bei seiner Programmrede im Reichstag sagte Herr Wirth:

„Bei der indirekten Steuer wird großes Gewicht darauf zu legen sein, daß die Steuer ohne Steigerung des Verbraucherpreises zu tragen ist.“

Entweder ist es Dummheit oder Lüge, was der Kanzler des deutschen Reiches erklärt hat. Wir empfehlen ihm dringend, bei den beiden Sozialpatrioten Calwer und August Winnig in die Lehre zu gehen.

„Zur Erfüllung des Ultimatums ist es nötig, daß die Regierung darauf hinwirkt, daß die Lebenshaltung des Proletariats mindestens um die Hälfte oder noch mehr gegenüber der heutigen herabgesetzt wird.“ (Calwer.)

August Winnig schreibt:  
„Der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse ist unumgänglich, solange mir die Kontributionslast zu tragen haben... Der deutsche Arbeiter ist zum Helotenum verurteilt.“

Diese sinnverirrten Sozialdemokraten haben von ihrer früheren Tätigkeit soviel in Erinnerung behalten, daß die Kapitalisten alle Steuern, direkte wie indirekte, durch verschärfte Ausbeutung und Lohnabbau oder durch neue Preissteigerung auf das Proletariat abwälzen. Es ist ihnen ganz klar und selbstverständlich, daß die Lasten der Reparation allein das Proletariat zu tragen hat.

Das Bukett der indirekten Steuern, das dem deutschen Proletariat unter direkter Mitwirkung der Sozialdemokratischen Partei dargereicht wird, ist wirklich „sehr“ reichhaltig. Biersteuer, Zuckersteuer, Süßstoffsteuer, Tabaksteuer, Salzsteuer, Brandweinmonopol, sind die Hauptzierden darin.

Die Einnahmen aus den indirekten Steuern wurden wie folgt veranschlagt:

1913	1,3 Milliarden Mark.
1920	9,1
1921	10,5

Für die einzelnen Steuern ergibt sich folgendes Bild (in Millionen Mark):

	1920	1921	Steigerung in % gegenüber 1920
Tabaksteuer	1000	1800	80
Brandweinsteuer	320	688	115
Biersteuer	200	450	125
Zuckersteuer	130	165	27
Salzsteuer	56	80	43

Die Zuckersteuer brachte bei einer Veranlagung 1921 mit 30 Mark auf den Doppelzentner einen Ertrag von 119 Millionen Mark. Jetzt soll die Steuer pro Doppelzentner auf 100 Mark erhöht werden, also um 233 Prozent! Auf 1 Pfund Zucker kam bisher ein Steuerzuschlag von 7 Pfg., jetzt wird die Steuer pro Pfund erhöht auf 50 Pfg.

Alle diese Steuern werden erhoben bei dem Produzenten. Keine Macht der Welt, — am wenigstens Herr Ebert und Wirth — wird diese Herren zwingen können die Lasten auf sich zu nehmen. Sie werden nicht nur die Summe der Steuern auf die Produkte schlagen, sondern da sie immer noch ohne jede Kontrolle arbeiten können noch ein beträchtliches mehr. Die angegebenen Zahlen sind aber bei weitem zu niedrig. Sie reichen kaum für den Bedarf des Reiches aus. Die Reparationslasten betragen noch mehr als die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes. Die Steuern müssen deshalb verdoppelt werden, und aus den Abgaben auf lebensnotwendige Bedarfartikel wird man 20 und mehr Milliarden herauspressen können. Das bedeutet eine ungeheure Steigerung aller Waren, sodaß der Proletarier mit seinem fürkenden Lohn noch weniger als jetzt in der Lage ist, für die notwendigsten Lebensmittel zu kaufen.

Vor dem Kriege betrug die Gesamtbelastung für die einzelnen Steuern auf den Kopf der Bevölkerung 51,2 Mark. Wenn wir heute der Berechnung die Forderungen der Entente mit 50 Milliarden und die Einnahmen des Staates im letzten Jahr mit 46 Milliarden (davon nur 12 Milliarden für Länder und Gemeinden) zur Grund legen, so ergibt sich eine Mindestbelastung von 1800 Mark pro Kopf. Das bedeutet, der Arbeiter muß den Arbeitslohn von 1 1/2—2 Monaten an den Staat abführen, muß 2 Monate hungern, damit sich die fetten Bäuche der Ebert und Briandrepublik in Ruhe mästen können.

### Aus der Partei.

#### Deutscher Städtetag Stuttgart.

Am 23. und 24. Juni findet in Stuttgart der Deutscher Städtetag statt. Alle Genossen, die vom Stadtrat oder der Stadtverordnetenversammlung als Delegierte nach Stuttgart gewählt sind, werden gebeten, sofort ihre Adresse an die „Kommunal-Abteilung“ (Georg Handke), Berlin C 54, Köpenicker Straße 38, mitzuteilen.

Am 22. Juni findet in Stuttgart eine Vorbereidung aller kommunalistischen Delegierten statt. Das Tagungslokal wird noch bekanntgegeben. Zentrale der KAPD. (Kommunal-Abteilung.)

### Ausland.

#### Die französischen Post- und Telegraphen Angestellten für Moskau.

(S.U.) Paris, den 15. Juni.  
Der Verband der Angestellten der Post-, Telegraphen und Telephonämter hat mit einer Mehrheit von 60 Stimmen beschlossen, eine Delegation nach Moskau zu entsenden. Die Delegation soll eine Entschuldigungsantrag, die verlangt, daß der allgemeine Arbeitsbund des C.G.T. sich aus der Kampfbahn der Internationalen zurückziehe und sich Moskau anschlebe.

# Hölz vor dem Moabiter Sondergericht.

Hölz: Ich habe prinzipiell niemals auf die Köpfe meiner Gegner Prämien angesetzt und soviel ist der Kopf des Zeugen auch gar nicht wert.

Oberstadtschreiber August Nohls und seine Tochter schildern, wie Hölz mit mehreren Bewaffneten in ihre Wohnung eingedrungen sei, dort Möbel und Betten zerstört habe und Feuer angelegt. Als sie das Feuer löschen wollten, seien sie daran gehindert worden, im ganzen sei in diesem Hause ein Schaden von 20 000 M. angerichtet worden. Die Zeugen geben auf Befragen des Staatsanwalts noch zu, daß Hölz das Feuer eigenhändig mit angelegt habe.

Der Zeuge Ostermann war Inspektor auf einem Rittergut in Helbra. Er gibt an: „Am Donnerstag, den 24. März, wurde ich durch zwei bewaffnete Männer verhaftet und zum Aktionsauschuss geführt. Dort sollte ich ausfragen, wo der Besitzer des Gutes, Spielberg, sich aufhalte. Am Morgen des 25. März wurde ich Hölz vorgeführt, der verlangte, daß ich 500 000 M. innerhalb weniger Stunden von dem Besitzer Spielberg beschaffen solle. Als ich dem Hölz sagte, daß mir das unmöglich sei, erklärte er: das sind faule Ausreden, das Geld muß beschafft werden, sonst wird das Gutsgelände gesprengt. Als das Geld natürlich zur bestimmten Zeit nicht da war, fuhr Hölz mit einem Trupp Bewaffneter nach dem Gutsgelände in Helbra. Die Pensionskräfte, Speck, Wurstwaren und Milchprodukte des Herrn Spielberg wurden hierauf auf ein Lastauto geladen und Hölz hielt an seine Leute eine aufreizende Rede über das Schlimmerleben der Reichhen. Der Gutshof wurde dann angezündet und gesprengt.“

Vorsitzender: Angeklagter Hölz, haben Sie selbst die Sprengungen gemacht?

Hölz: Nein, aber ich habe sie angeordnet. Ritterausbehalter Spielberg gibt an, daß der Schaden über eine Million Mark betrage.

Der Zeuge Kuhn, Sekretär auf dem Gute Helbra, schildert, wie er als Geißel festgenommen wurde. Ihm wurde mit Erdrücken gedroht, wenn er nicht das Versteck des Ritterausbehalters Spielberg anzeige. Als er bestritt, dessen Aufenthaltsort zu wissen, wurde er aber nach kurzer Zeit wieder von Hölz entlassen, ohne daß ihm irgend etwas passiert war.

Pastor Schmidt aus Helbra ist in der Nacht zum 24. März aus dem Bett geholt und zu Hölz gebracht worden. Einer der bewaffneten Männer sagte zu ihm: „Wir leben im Krisensausstand, wir brauchen Geld, Sie sind ein reicher Mann, besorgen Sie uns bis morgen eine halbe Million. Wenn Sie uns das Geld nicht verschaffen, werden Sie erschossen.“ Von Hölz wurde diese Forderung später auf 200 000 M. ermäßigt. Ich wurde über Nacht in dem Gasthof, in dem Hölz Quartier hielt, festgehalten, wo auch die Verhandlungen mit meinen Angehörigen, die unachindert zu mir kommen konnten, stattfanden. Meinen Angehörigen war es dann möglich, 45 000 M. aufzutreiben. Ich wurde hierauf in einem Auto nach Hettstedt gebracht, dort ist mir das Geld abgenommen worden. Nach am gleichen Tage wurde ich dann wieder nach Helbra zurückgebracht und entlassen.

Vorsitzender: Zeuge, drohte Hölz, daß, wenn Sie das Geld nicht herbeischaffen, er Sie in die Kamphone bringen würde?

Zeuge: Ja, aber das war bloß eine Drohung, ich wurde im Kloster Mansfeld abgesetzt und mußte eine Nacht dort bleiben. Hölz schlief mit mir im gleichen Zimmer. Ueber die Behandlung konnte ich nicht klagen.

Hölz: Als Sie in meinem Zimmer schliefen, habe ich mich mit Ihnen unterhalten auch über Dinge, die ich sonst wenigen Menschen erzählt habe. Gaben Sie den Eindruck, daß ich die Taten aus roher Zerstörungswut begangen habe oder aus idealen politischen Motiven?

Zeuge Schmidt: Ich hatte den Eindruck, daß Sie Ihre Handlungen nur mit innerem Widerstreben getan haben, daß Sie aber von deren Notwendigkeit überzeugt waren.

Der Vorsitzende verliert mehrmals, diese Erklärung des Zeugen abzuschwächen. Trotzdem erklärt Pastor Schmidt immer wieder, daß Hölz sich bei seinen Taten von offensichtlich politischer Ueberzeugung hat leiten lassen. Er erzählt dann weiter, daß Hölz bemüht gewesen sei, jede Erhandlung, Beschimpfung und Roberei zu vermeiden. Er habe offenbar nur das getan, was er für seine Sache notwendig hielt.

Nach Vernehmung dieses Zeugen wird in die Mittagspause eingetreten.

Ein Praxiseremplar von Belastungszeugen ist der Zigarrenhändler Baner, der gleich nach der Mittagspause vernommen wurde. Die Belohnung des Berliner Polizeipräsidenten reißt ihn zur Erfindung von allerhand Schauergeschichten über Hölz. In dramatisierendem, kraftmeierndem Tone erzählt er: „Vor seinem Zigarrengeschäft seien des Nachts zwei „Kerle“ erschienen, die Zigarren und Floretten ohne Beschulung verlonaten. Er vertrittete sie auf den nächsten Tag. Die Männer verließen sein Geschäft: kurz darauf wurden da vier mehrere Schüsse auf seinen Laden abgefeuert, die er erwiderte. Am nächsten Tage sei Hölz zu ihm gekommen und behauptete, daß aus dem Haus geschossen worden sei. Der Zeuge stellte das in Abrede, Hölz jedoch durchsuchte ihn und fand in seiner Hosentasche einen Revolver. Der Zeuge sei dann von Hölz mit dem Revolver vor die Brust gestoßen worden. Der Zeuge erzählt dann weiter, daß Hölz auf auf der Strake stehende Kinder zwei Schüsse abgegeben habe (?), die aber ihr Ziel verfehlten.“

# Die besessene Braut.

Von Konrad Loele.

„Da ist doch nur! Was soll Arno denken, wenn du wie ein Käse darst!“ sagte ihr Vater verdrießlich. Aber Frieda blieb wehleidig. Sie bemitleidete sich, weil sie keinen Hunger hatte. Außerdem dachte sie an die Prezdigt vom göttlichen Strafgericht.

„Vater, haben wir genug Futter, wenn einmal ein ganzes Jahr nichts wächst?“

„Dummes Zeug! Ein bißchen was wächst immer.“ sprach ihr Vater. Am Nachmittag kam Arno, Friedas Verlobter und brachte sie auf andere Gedanken. Arno war im Besitz des Einjährigengeldzeugnisses, im Kriege hatte er es sogar bis zum Reserveleutnant gebracht. Seine Eltern besaßen ein großes Gut; da er aber der zweite Sohn war, sollte er bei Andings einheiraten. Frieda liebte ihn nicht weiter, mußte aber auch nicht, warum sie sich einem Reserveleutnant verweigern sollte.

Am Abend war im Oberdorf Tanz. Frieda pufte sich nach Kräften heraus und sah nicht übel aus. Selbst ihre Hände waren nicht allzu hart, denn sie pflegte bei größerer Arbeit Handschuhe anzuziehen. Arno hätte sich Frieda allerdings runder gewünscht, ihr dürrer Arm war ihm fast peinlich, im Grunde war sie nicht nach seinem Geschmack, aber das Gut, das sie erben würde, war rund und fett, das Geschäft lohnte sich also.

Nach dem Walle brachte er sie, da er die Kasse nicht in dem Sack kaufen wollte, so weit, wie er sie haben wollte. Das geschah nach Mitternacht in einem kleinen Gehölz hinter der Kirche auf einer Bank, die sich der Pfarrer für seine sonnenwendlichen Meditationen gemümmert hatte. Frieda sträubte sich ohne übertriebener Widerstand, denn sie war heiß vom Tanzen. Die Raiköser hatten aber, da es ein Schaltjahr war, die Blätter von den jungen Eichen des Gehölzes bis auf die Rippen

Hölz: Die Auslagen dieses Zeugen sind völlig entzerrt. Meine Bemerkungen können mir das bestätigen, doch ich will Ihnen weder Geld noch Ware an mich genommen, trotzdem ich in der damaligen Situation dazu berechtigt war. Hölz macht weiter aufmerksam auf direkte Widersprüche in den Auslagen dieses Zeugen.

Rechtsanwalt Hegewisch: Haben Sie, Herr Zeuge, sich dazu erbötet, Hölz zu ermorden?

Zeuge Bayer: Nach einer Pause zögernd: nein. Hölz: Dann bitte ich festzustellen, ob der Zeuge von der Sippe in Eisleben nicht ausdrücklich Waffen erbeten hat, um mich beiseite zu bringen. Das wird gleich der Staatsanwalt nicht leugnen können.

Staatsanwalt und Zeuge suchen diese Behauptung zu entkräften. Bayer habe sich nur der Sippe zur Verfügung stellen wollen, um Hölz zu beschämen.

Die Zeugen Bergmann, Berner, Steiner und Sander bleiben unbezichtig. Sie sind wegen Beteiligung an der Bewegung in Mitteldeutschland zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden. Nach ihrer Auslage wurden sie zur Teilnahme an der roten Armee gezwungen. Berner und Steinhof haben gesehen, wie in Hettstedt Bahnanlagen, eine Villa und eine Druckerei gesprengt wurden.

Hölz gibt auf Befragen des Vorsitzenden zu, die Bahnanlagen selbst gesprengt und die Sprengung der Villa und der Druckerei angeordnet zu haben. Der Inspektor Graf, der auf einem Hettstedter Gut angestellt ist, gibt an, daß eines Nachts Lastautos mit bewaffneten Arbeitern auf das Gut kamen und Verpflegung und Unterkunft verlangten.

Der Telegraphenleitungsausschreiber Klapproth schildert, wie die Sprengung der Eisenbahnanlagen in Hettstedt vor sich ging. Hölz sei auch in seine Wohnung gekommen und habe für sich Verpflegung verlangt. Da er nichts anderes hatte als Schwarzbrot, habe Hölz auch damit dankend fühllos gegessen.

Sodann kommt noch der Zeuge Kaufmann Ludwig aus Hettstedt zur Vernehmung, der ausführlich über die Sprengung seines Hauses erzählt. Als der Zeuge den eindringenden Hölz leuten erklärte, daß sie doch sein Haus verschonen sollten, wurde gerufen, „alles raus, das Haus fliegt in die Luft“.

Gegen Schluß der Verhandlung ließ das Gericht die allzu durchsichtige Maske „loyaler Unparteilichkeit“ fallen. Mit brutalem Zynismus kam das wahre Gesicht der Schöndiktia zum Vorschein. Es kam zu tumultartigen Szenen, als Verteidiger Hegewisch und Hölz nochmals die Vernehmung des Zeugen Bayer in Abwesenheit des Rechtsanwalts Broh verlangten. Bayer habe in dessen Gegenwart den Ausdruck getan, daß er Hölz ermorden wollte.

Zeuge Bayer: „Ich kann mir diese Behauptung nur dadurch erklären, daß ich gesagt habe, das Gericht solle mir Hölz nur übergeben, wenn es nicht mit ihm fertig werden würde.“

Hölz: Meine Behauptung richtet sich nicht nur gegen den Zeugen, der hier vor Gericht verlassene Auslagen gemacht hat, sondern auch gegen den Staatsanwalt. Der Herr Staatsanwalt weiß genau, daß der Zeuge in der Voruntersuchung sich bereit erklärt hat, mich zu erledigen. In den Sprengungen in Hettstedt muß ich noch eine prinzipielle Erklärung abgeben. Diese Sprengungen waren tatsächlich notwendig. Ich wollte damit einen Truch auf die besessene Klasse ausüben und die Sippe veranlassen, Hettstedt zu verlassen. Nieher ließ ich Gebäude in die Luft gehen, wenn ich dadurch Menschenleben schonen konnte.

Ein Beistitzer: Wenn aber diese Sprengungen als Tuschmittel verstanden?

Hölz: Ich habe durch meine Taktik unbestreitbar große Erfolge gehabt.

Staatsanwalt Jäger: Sie mußten sich doch aber darüber klar sein, daß Ihre Handlungen die Sippe erst recht zu energischem Eingreifen veranlassen würde.

Hölz (leidenschaftlich): Ich muß hier feststellen, daß Ruhe und Ordnung erst immer dann gestört wurde, wenn die Sippe eintrifft. (Die Bourgeoisie im Zuschauerraum lacht bei diesen Worten mit einem höhnischen Gelächter ein.) Hölz (sich zum Zuschauerraum wendend mit lauter Stimme): Sie dort drüben belächeln zu lachen, aber ich habe mich vor Ihnen nicht zu veranworten. Der Vorsitzende unterbricht Hölz wütend mit überschnappernder Stimme: „Ich verbiete Ihnen, daß Sie zu den Zuhörern sprechen. Sie haben sich hier vor dem Gericht zu veranworten.“

Hölz (laut und erregt): Und ich lasse mir nicht vorschreiben, wie und was ich rede. Wer hat die Ordnung in Mitteldeutschland gestört, doch niemand anders als ihre Hörsing mit seinen Ordnungsbanden. Hörsing hat den Aufstand in Mitteldeutschland provoziert. Es ist ihm bewiesen, daß die Sippe die Verwirrung und das Blutvergießen unter der Arbeiterschaft angerichtet hat.

Rechtsanwalt Hegewisch: Es ist in unerhörter Weise gegen Hölz in der Öffentlichkeit Stimmung gemacht worden. In diesem Saal und im Zuschauerraum sitzen nur Ansehenslose der besessenen Klasse, die Arbeiter hat man zurückgewiesen. Führen Ihre Arbeiter im Saal, so würden sie Hölz gegenüber ein anderes Verständnis zum Ausdruck bringen.

Hölz: Dieses Gericht ist ein Klassengericht, man versucht mit allen Mitteln, mich zu beiseitigen. Sagen hier Arbeiter im Saal, so hätte das Gericht nicht gewagt, so gegen mich vorzugehen. Vorsitzender unterbrechend: Wir fürchten uns nicht. Hölz zum Gericht: Sie wagen ja nur hier zu sitzen unter dem Schutze der bewaffneten Macht, damit beweisen sie Ihre Angst vor dem revolutionären Proletariat.

In dem allgemein einschendenden Tumult erklärt der Vorsitzende die Sitzung für geschlossen.

gefressen, und der Mond, der gerade aus dem Zeichen des Steinbodas in das des Wassermanns trat, schien wie durch winterlich kahle Äste. Frieda bemerkte diese Verheerung mit zurückgebogenem Kopf mitten in verliebten Geusfern, und es schien ihr fast wichtiger als alles andere. Wenn die Raiköser nun auch einmal das Gras auf der Wiese und das Getreide auf dem Acker fressen würden?

Auf dem Heimweg sprach sie kaum ein Wort, zitternd vor Frost und Hitze, und Arno war mit ihr unzufrieden.

Sie schlich in ihre Kammer und überlegte sich, während sie die Falten aus ihrem zerknitterten Kleid zu streichen versuchte, ob ihr eben etwas Gutes oder etwas Böses widerfahren wäre. Die Luft in der Kammer war stickig, und Frieda öffnete gegen ihre Gewohnheit ein Fenster. Auf dem Feldweg, der das Oberdorf mit dem Unterdorf verband, gingen matt vom Monde beschienen, kichernd und jauchzend ein paar Mädchen, von ihren Burchen begleitet. Dann wurde es still, nur aus dem Dunkel des Bornsgrabens drang das Scharen der Rosseln zweier verliebter Jgel heraus. Frieda fürchtete sich; das Geräusch da unten schien ihr gar nicht oehuer. Auf einmal dachte sie an eine Kuh, die zum Bullen geführt wird. Dann fiel ihr ein Überglauben ein. Wenn die Mädchen ihren zukünftigen Mann sehen wollen, brauchen sie bekanntlich nur in der Johannisnacht um zwölf aus dem Fenster zu sehen, dann erscheint er ihnen mit größter Sicherheit. Die Großmutter hatte sich auf diese Weise Gewißheit verschafft. Nun, es war noch nicht Johannis, außerdem kam dieser Zauber für sie augenblicklich nicht mehr in Betracht.

Frieda war ein aufgeklärtes Bauernmädchen. Am Tage lachte sie über so dummes Zeug. Aber in der Nacht! Hatte sie nicht vor ein paar Tagen abends im Bett unnatürliche Erscheinungen von Hammeln und Katzen erlebt? Sie kroch unter ihre dicken Federbetten und empfand eine Welle nicht als Angst. Dann merkte sie, daß

# 3. Verhandlungstag

Au den Anfragspunkten „Geistliche Rettung und Sprengung des Amtsgerichtsgebäudes Mansfeld“ gibt Hölz ohne weiteres zu, den Befehl zur Sprengung und Zerstörung des Gebäudes gegeben zu haben. Jedoch habe er die Sprengung nicht selbst ausgeführt. Hölz erklärt weiter, daß er lediglich den Wünschen der Mansfelder Arbeiterschaft nachgegeben sei, noch von dem Rapp-Pulsch her wurden

Arbeiter in vollstlicher Gefangenschaft gehalten. Wenn aber hier ein Zeuge behauptet, mich bei der Sprengung gesehen zu haben, so ist das ein Beweis mehr dafür, mit welchen Mitteln gegen mich gearbeitet wird und wie leichtfertig

die Zeugen sind, die Sie gekauft haben. Berl. verbittet sich die letzte Bemerkung.

Der Vorsitzende fragt den Angeklagten, ob er von ihm verurteilte Personen geprügelt habe. Hölz gibt das zu, er hat seinerzeit den Befehl gegeben, nachdem das proletarische Standrecht verfallen war, jeden, der die Waffen nicht abgebe, zu erschließen. Hölz sagt weiter: Ich habe natürlich, wie die Wölfe gebaut, diesen Befehl durchzuführen, ich habe aber fürchten müssen, daß Leute, die trotz wiederholter Auftrufe die Waffen nicht abgaben, von den revolutionären Arbeitern mißhandelt würden, und deshalb habe ich den Leuten selbst ein paar Ohrfeigen gegeben.

Hölz gibt auch weiter zu, die Sprengung einer Villa in Mansfeld angeordnet zu haben. Die Sprengung sollte das allgemeine Signal zum Angriff sein, da die Sippe in die Stadt eingebrungen war. Nach dazu wurde mir mitgeteilt, daß der Besitzer der Villa,

Dr. Geers, ein Ortschaftsführer sei und Wasser verstopft habe. Der Vorsitzende fragt Hölz, warum er Geers festgenommen und diese verstopft hätte.

Hölz: Jawohl, ich habe wiederholt den Befehl gegeben.

Angehörige der besessenen Klassen als Geiseln festzunehmen, einerseits, um von ihnen Geld, das wir dringend brauchten, zu erhalten, andererseits aber, um das Leben der in die Hände der Sippe geratenen Arbeiter zu schützen.

Hölz gibt dann noch weiter an, daß das Lösegeld reiflos als Löbnung an seine Truppen verteilt wurde, oder daß damit Nahrungsmittel und Bekleidungsgegenstände gekauft wurden.

Für die Führer wurde nichts zurückgehalten. Der Vorsitzende macht Hölz darauf aufmerksam, daß doch bei seiner Verhaftung 5000 M. bei ihm gefunden wurden.

Hölz: Dieses Geld gehörte nicht mir, sondern war für revolutionäre Zwecke bestimmt.

Zustizrat Broh: Der Angeklagte mußte hier im Gefängnis die schlechte Gefängnisnahrung essen, da er kein Geld hatte. Hölz war zu stolz, sich an seine Partei wegen einer Unterführung zu wenden, erst später ist dann eine Hilfsaktion eingeleitet worden, die ihn und seine Frau unterlützte.

Der schon gestern vernommene Zeuge Bayer wird heute nochmals vernommen. Hölz und seine Verteidigung behauptet, daß Bayer die Absicht gehabt habe,

Hölz zu ermorden. Der Zeuge bestreitet das. Er habe nur 5 Sipoleute verlangt, um damit wieder Ruhe und Ordnung herzustellen.

Hölz: Das ist ja Unsinn. Wir waren hunderte von Leuten. Wie konnte er da mit 5 oder 10 Mann Ordnung schaffen. Nein, er hat

einen Mordanschlag gegen mich geplant. Der Zeuge hat sich dem Gericht angeboten und die Sippe um Waffen gebeten.

Nach diesen Behauptungen des Angeklagten steigert sich der Zeuge Bayer in eine solche Erregung hinein, daß er hysterisch ausruft: Der Kerl hat meine Familie zugrunde gerichtet!

Vorsitzender: Zeuge, Sie müssen Ihre Ruhe bewahren!

Zeuge Bayer (immer lauter und erregter): „Dieser Hund, daß ein brutaler Soldat sich von einem solchen Kerl muß belästigen lassen!“ Der Zeuge will sich auf den Angeklagten stürzen. Er muß, da sich der Vorgang zu einer tumultartigen Szene ausgewachsen hat, von zwei Schutzpolizisten aus dem Saal geführt werden.

Verteidiger Broh: Dieser Zeuge ist offensichtlich ein Dhyopod. Wenn er herabst werden wäre, könnte man seine Erregung verstehen, aber ihm und seiner Familie ist kein Haar getrümm worden.

Hölz: Dem Zeugen ist durchaus nichts geschehen. Er hat keinen Verlust erlitten, und doch behauptet er Dinge über mich, die ich niemals getan habe. Dieser Vorgang befestigt mich in meiner Ueberzeugung, daß

solche Leute gekauft sind.

Der Verteidiger Broh beantragt, den Zeugen auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen und seine Frau als Zeugin zu haben, die bekunden wird, daß kein Wort von der Aussage ihres Mannes wahr ist.

Hölz: Der Zeuge ist von mir nicht mißhandelt worden. Nach dem uns zustehenden Recht hätte ich ihn erschließen lassen können, da er auf uns geschossen hat und seine Waffen nicht abgeliefert hat. Der Zeuge hat behauptet, daß ich auf seine unehuldigen Kinder Schüsse abgegeben hätte. Ich, der so ein schwere Kirderschiff durchgemacht hat, ich, der Kinder als das heiligste und teuerste betrachtet.

(Fortsetzung in nächster Nummer.)

etwas in ihr auf den Johannisnachtzauber begierig war. Zuerst mehrte sie sich, ihrer Arbeit bewußt, gegen den Zwang, der stärker als ihre Willenskraft war, aber es half ihr nichts. Ueber sich selbst erschrocken hörte sie sich flüstern: „Ich möchte meinen Mann sehen! Ich möchte meinen Mann sehen!“ Da sah sie vor ihren geschlossenen Augen, gerade so, wie sie die Kasse gesehen hatte, einen Mann, aber es war ohne Zweifel Paul, und er lachte.

Man muß nun nicht denken, daß Frieda in dem Knecht Paul jemals verliebt gewesen wäre. Aber sie war mit ihm zusammen aufgewachsen, von allen Gesichtern junger Burchen hatte sie keines am öftesten gesehen. Arnos Bild hatte sich, da sie kaum ein Dutzendmal mit ihm zusammen gewesen war, noch nicht so tief in ihr Gedächtnis eingegraben, dazu kam noch Pauls unvermuteter Besuch vor ein paar Wochen, kurz, Paul stand ihr menschlich näher, und wunderbar war nur ihr krankhaftes Vorstellungsvermögen.

Wie in aller Welt kommt aber ein junges, wohlhabendes Bauernmädchen zu Kerwen? Bauernmädchen haben doch vollstichtig, blühend und in jeder Weise robust zu sein!

Es ist damit aber im allgemeinen nicht weit her. Die kleinen Kinder der Bauern sind pausbäckig und dickhäutig, wie sich das gehört; mit vierzehn oder fünfzehn Jahren unterscheiden sie sich aber im Durchschnitt kaum von den schlecht genährten Kindern der städtischen Arbeiter. Das kommt, wie die Bauern sagen, von der vielsten Arbeit. Außerdem verzärteln die Bauern ihre Kinder in der dicken Stubenluft, die ihnen nach der Arbeit unentbehrlich sein muß und die langen Wurstenden und der kalte Kaffee, womit die Kinder von klein auf gefüttert werden, weil ihre Mutter keine Zeit zum sorgfältigen Kochen haben, wie sie vorgehen, scheint den kleinen Mägen auch nicht allzu förderlich zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

# Die Schlesiſche Arbeiter-Zeitung vor dem Ausnahmegericht

Erster Verhandlungstag.

Am Montag begannen die Verhandlungen vor dem Breslauer Ausnahmegericht. Die erste Verhandlung richtete sich gegen die verantwortlichen Redakteure, die Genossen Reubert und Becker, gegen den Geschäftsführer Genossen Kühn; ferner gegen die beiden Vorstandmitglieder der Genossenschaft Genossen Riedel und Damsang.

Die Angeklagten werden beschuldigt, in der Zeit vom 22. März bis 1. Mai durch Veröffentlichung und Herstellung der „Schlesiſchen Arbeiterzeitung“ zum Ungehorsam gegen Gesetze und rechtsgültige Verordnungen und zur Begehung strafbarer Handlungen sowie Aufreizungen zum Klassenkampf aufgefordert zu haben. Ferner werden sie wegen Aufforderung zu hochverräterischen Unternehmungen angeklagt.

Nach der Feststellung der Personalien protestiert zunächst Rechtsanwalt Dr. Simon gegen die Rechtsgültigkeit der Sondergerichte. Er weist darauf hin, daß über Breslau kein Belagerungszustand verhängt war. Wenn der Artikel 48 der Reichsverfassung so ausgelegt wird, daß dem Reichspräsidenten unbeschränkte Macht zubilligt wird, wäre dies ein Hohn auf die ganze Revolutionsgesetzgebung. Jedenfalls seien Sondergerichte auf Grund des Artikels 105 der Reichsverfassung unzulässig.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld-Berlin weist mit Recht darauf hin, daß das Ausnahmegericht sich nur wendet gegen revolutionäre Arbeiter, gegen Kommunisten. Die Einsetzung der Ausnahmegerichte wird nicht dazu beitragen die öffentliche Ordnung zu sichern. Im Gegenteil ruft das Ausnahmegerichtsverfahren unter der Arbeiterschaft Unruhe erst hervor, nährt den Haß und die Erbitterung gegen die Klassenjustiz.

Der Staatsanwalt erklärte, daß der Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld der Kommunistischen Partei einen schlechten Dienst erweise, wenn er sage, daß das Sondergerichtsverfahren sich nur richte gegen Kommunisten. Dies sei gleichbedeutend mit der Bezichtigung von allen Verbrechern die vor den Ausnahmegerichten zur Aburteilung gelangen, durch die Kommunisten.

Genosse Dr. Rosenfeld stellte daraufhin fest, daß die Justizbehörde mit der Aufzählung der verschiedensten Verbrechen durch die Sondergerichte immer ein Mantelwesen diesem Sonderverfahren umhängen will.

In Tat und Wahrheit seien die Sondergerichte lediglich zur Aburteilung revolutionärer Arbeiter eingesetzt.

Was die Breslauer Fälle anbelangt, so steht fest, daß sämtliche Angeklagten der kommunistischen Partei angehören. Das Gericht ist also ein Sondergericht gegen die Kommunisten.

Der Staatsanwalt wußte darauf nichts zu erwidern, und dies ist sehr bezeichnend. Dr. Rosenfeld wies ferner darauf hin, daß die Unabhängigkeit der Richter beim Sondergericht dadurch eingeschränkt ist, daß sie mit Ordnungsstrafen bis zu 10.000 M. belegt werden können, wenn sie die ihnen vom Landgerichtspräsidenten übertragenen Aufgaben nicht erfüllen. Es ist mit Recht anzunehmen, daß die Entscheidung des Gerichts über seine Zuständigkeit dadurch beeinflußt wird.

Das Gericht lehnte den Einspruch der Verteidigung ab und erklärte sich trotz aller Einwendungen für zuständig.

Bei der nun folgenden Vernehmung der Angeklagten wurde festgestellt, daß Reubert und Becker über den Inhalt des politischen Teils der Zeitung nicht unterrichtet waren. Beide haben den lokalen und provinziellen Teil der Zeitung bearbeitet.

Die Angaben des Geschäftsführers Kühn, nach dem in einem kommunistischen Zeitungsbeirath der Geschäftsführer nicht den geringsten Einfluß auf den Inhalt der Zeitung hat, wird bestätigt durch den Volkswachtredakteur Bismarck, der als Sachverständiger und Zeuge vernommen wird.

In allen sozialistischen Zeitungen besteht, im Gegensatz zu den bürgerlichen, der Grundlag, daß die Redaktion nur ihrer Parteiorganisation verantwortlich ist. In der kommunistischen Presse ist diese Selbstständigkeit ausgedehnt dahin, daß die Redaktion nur der Bezirksleitung bezw. der Zentrale verantwortlich ist.

Wenn der Staatsanwalt dies als einen Zustand der Unzulässigkeit betrachtet, so wissen wir hingegen, daß dies die einzige Möglichkeit ist die Zeitung unabhängig von den Interessen einzelner Personen, einzelner Gruppen, zu gestalten.

Bei der folgenden Verlesung der circa 22 inkriminierenden Artikel beantragt der Staatsanwalt Abschluß der Öffentlichkeit.

Dies wird auf Antrag der Verteidigung abgelehnt. Nach der Verlesung der beanstandeten Artikel, deren Abheftung in ganz Deutschland unbeanstandet durch einen Staatsanwalt erschienen sind, nahm der Staatsanwalt

das Wort zu seiner Anklagerede. Der Staatsanwalt wünscht die Politik fern zu halten. Wenn die Justiz erst eine Linde vor den Augen tragen soll, muß sie in diesem Falle farbenblind sein. Der Staatsanwalt hält den Inhalt der Zeitungen für geeignet den gewaltsamen Sturz der bestehenden Regierung herbeizuführen, insbesondere die verschiedenen Klassen der Bevölkerung gegeneinander aufzuheben. Er erklärt ferner, daß nicht nur Kommunisten vor das Ausnahmegericht kommen, sondern daß auch gegen eine rechtsstehende Zeitung die Möglichkeit besteht, vorzugehen? Warten wir ab!

Bei seinem Strafantrag geht der Staatsanwalt davon aus, daß die Redakteure Reubert und Becker auf Grund ihrer kurzen Tätigkeit als Redakteure sich der Tragweite ihres Handelns noch nicht klar bewußt waren. Die Angeklagten Kühn und Riedel kamen durch die Herstellung und Verbreitung der Zeitung als Mittäter in Frage.

Der Staatsanwalt beantragt gegen die Genossen Reubert und Becker je zwei Jahre Festungshaft und gegen die Genossen Kühn und Riedel je ein Jahr Festungshaft.

Dr. Simon stellt in seinem Plaidoyer zunächst fest, daß die ganze Anklage getragen sei von dem Bestreben die kommunistische Bewegung in Schlesien zu zerstören. Die Anklage beruhe auf Vermutungen und Verdächtigungen. Nur bei der Auslegung des Staatsanwalts sei es möglich aus den Artikeln etwas strafbares herauszulesen. Dr. Simon weist darauf hin, daß Hochverrat das einzige Delikt sei, das bei Vollbringung strafbar sei. Die gesamte jetzige Regierung habe keine Existenzberechtigung.

Dr. Rosenfeld stellt fest, daß die Bewegung, die im November 1918 begonnen habe, nicht abgeschlossen ist nach 2-3 Jahren, sondern daß der Kampf des Proletariats nur enden wird mit dem Sieg desselben. Die Weiterentwicklung der sozialen Revolution kann nicht aufgehalten werden durch Paragraphen und Staatsanwaltschaft.

Wenn der Staatsanwalt den Stimmzettel als einzige zulässige Waffe bezeichnet, dann empfiehlt Dr. Rosenfeld ihm, gegen den Polizeipräsidenten einzuschreiten. Derselbe erklärte, daß er mit allen Mitteln die kommunistische Bewegung in Breslau unterdrücken wird.

Dr. Rosenfeld weist ferner darauf hin, daß in Südböhmen, das nicht die Ehre eines Sondergerichts hat, am 4. 6. vor dem Schöffengericht der Redakteur der kommunistischen Zeitung wegen eines der Artikel mit denen der Staatsanwalt in Breslau Hochverrat konstruiert, zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Er weist ferner darauf hin, daß Materialiel in Arbeiterzeitungen immer in einer begeisterten, kampfreudigen Form geschrieben würden. Wenn der Staatsanwalt sich stoße an den Worten „Kampf“ und „Klassen“ so dürfe er nicht gleich annehmen, daß dies im Sinne der Orgeſch oder der Einwohnerwehren gemeint ist.

Dr. Rosenfeld weist darauf hin, daß die Anklage gegen Geschäftsführer und Vorstand der Genossenschaft ein Novum in der Rechtspflege sei. Er empfiehlt dem Staatsanwalt erst das Brechgesetz abzuändern. Erst dann sei es ihm möglich, neben dem verantwortlichen Redakteur auch noch den politischen Redakteur und die Geschäftsführung unter Anklage zu stellen.

Dr. Simon weist zum Schluß darauf hin, daß die ganze Aktion der Staatsanwaltschaft und des Polizeipräsidenten eine verdamnte Absurdität mit dem Reichstagsbeschluss vom 21. Februar 1919 habe. Damals wurde „ein Plan entdeckt“, nach dem die Kommunisten ganz Breslau in die Luft sprengen wollten. Die Kommunisten wurden auch damals verhaftet. Nach monatelanger Voruntersuchung mußte die Anklage eingestellt werden, weil sich herausstellte, daß das Ganze ein Machwerk der mit Hilfe von Spitzeln und Provokateuren arbeitenden politischen Polizei war. Kechnlich liegt der Fall jetzt. Mit Hilfe von aus ihrem Zusammenhang herausgerissenen Artikelteilen wolle man die Angeklagten des Hochverrats und aller anderen möglichen Verbrechen beschuldigen, um so der unbezahmten Arbeit der Kommunisten sich zu entledigen. Die Verteidigung beantrage deshalb nicht nur gegen die Angeklagten Kühn und Riedel als Geschäftsführer und Genossenschaftsmitglieder die selbstverständliche Freisprechung, sondern dasselbe auch gegen die Angeklagten Reubert und Becker.

Darauf vertagt sich das Gericht auf Dienstag vormittag 10 Uhr.

Das Gerichtsgebäude war von Sipo besetzt. Der Polizeipräsident mit seinen Leuten von der politischen Polizei waren anwesend, um sich zu überzeugen über ihre dem Staat geleisteten Dienste.

## Breslauer Nachrichten Die Schlesiſche Arbeiter-Zeitung wird dauernd beschlagnahmt

Die Sipo besucht uns täglich in unseren Geschäftsräumen um unsere Zeitung zu beschlagnahmen.

So sind seit 1. Juni von dreizehn erschienenen Nummern sieben beschlagnahmt. Beschlagnahme aus dem Bestreben heraus, um mit dem Polizeipräsidenten zu sprechen: die kommunistische Bewegung mit allen Mitteln zu vernichten.

Die Abonnenten, die unsere Zeitung nicht mit der Post bekommen, müssen jetzt endlich einsehen, daß sie so schnell als möglich ihre Adressen an den Sozialistischen Verlag einschicken. Nur dann können wir garantieren, daß sie trotz aller Beschlagnahme ihre Zeitungen regelmäßig bekommen.

### Die Tagespost und der Reichsbürgerrat

Die Tagespost, das Organ der Deutschnationalen, schreibt über die Tagung des Reichsbürgerrats, der unter dem Vorsitz des berichtigten früheren preußischen Innenministers von Voebell in München tagte, wie folgt:

„Ein eigenartiger Zufall will es, daß diejenige bürgerliche, Vereintigung, die den schärfsten Kampf gegen den staatsfremden Marxismus auf ihre Fahnen geschrieben hat, ihre dritte Zusammenkunft in einer Stadt abhält, deren sozialistisch organisierte Bevölkerungsteile durch Geschicklichkeiten aller Art gerade jetzt wieder den vollgültigen Bemühen dafür zu bringen sucht, daß die Staatswohlthät ihren gefährlichsten Feind im Sozialismus aller Schattierungen sehen muß.“

Dieses junkeliche Reptilienorgan hat aber die Stirn, zu sagen, daß in München die Sozialisten Geschicklichkeiten begehen — in einem Moment, wo die Führer der USPD, von gekauften Wordingungen der Reichsregierung über den Haufen geschossen wird.

Frecher und brutaler und jülicher geht es wirklich nicht. Sie werden es aber noch erleben, daß die Arbeiterklasse in unübersteiglichem Ansturm die ganze bürgerliche Gesellschaft und insbesondere das Geschlecht der Krant- und Schlotbarone in den — Fokus stürzt.

## Aus der Provinz

### Gewerkschaftsbeamten lassen Kommunisten verhaften

Aus Alt-Pärſig wird uns geschrieben:

Die „Bergwacht“ behauptet, daß die Verhaftungen im Waldenburger Kreis nach dem Abwürgen des Streiks hänge nicht mit dem Streik zusammen. Diese Verhaftungen hänge mit der Aushebung einer Versammlung in Breslau zusammen. Dort seien Adressen der Bezirksleitung beschlagnahmt.

Demgegenüber können wir beweisen, daß die Verhaftung der Genossen Ulrich und Sigisbert-Gottschberg durch den Gewerkschaftsbeamten Paul Scholz besorgt ist. Dieser Wange hat durch das Telefon des Baumunternehmers Breuer nach der Sipo telephoniert. Er äußerte sich, daß man den Kommunisten schon das Handwerk legen werde.

Wir haben schon früher festgestellt, daß die Verhaftung durch die Denunziation der Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbeamten herbeigeführt ist.

Diese Gemeinheit, kämpfende Kameraden der Polizei zu denunzieren, muß dazu beitragen, diese Schwaben aus ihren Stellungen im Verband herauszuwerfen.

Was dem Kreuder Kreier. In Remede haben die Bergleute am 1. Jänner im Streik ausgehalten. Durch den Verrat der Bergarbeitern sind die Kameraden in große Erregung gekommen. So will die Zählstelle Hausdorf mit 450 Mitgliedern zu den Sozialisten übertreten, bloß um ihre Bonnen los zu werden. Wir können die Empörung der Bergleute verstehen. Die Kameraden müssen aber unter allen Umständen innerhalb des Verbandes dafür sorgen, daß ein anderer Geist einzieht. Sie müssen ihre Augen zum Teufel gegen und mit den Kameraden des Waldenburger Kreiers den Verband zu dem machen, was er für uns ist: ein Kampfortschritt!

### Immer neue Verhaftungen in Waldenburg

Die Sipo mit ihren Spitzeln nehmen noch immer Verhaftungen von Genossen vor, die im Streik aufrecht für ihre Kameraden gekämpft haben. Am Montag wurde der Genosse Schiller verhaftet und am Dienstag zwei Genossen, die sich bis dahin verborgen gehalten hatten.

### Lebensmittelverteilung

Vom 16. bis 28. Juni: Griech auf Lebensmittelmarken S 17, Nahrungsmittelkarte 212, Zusatznahrungsmittelkarte 52 für Mütter. Vom 15. bis 31. Juni: ameril. Weizenmehl auf Lebensmittelmarken S 18. — In den Markthallen 1 (Ritterplatz) und 2 (Friedrichstraße) wird gute Kolkereibutter zum Preise von 20 M. für das Pfund abgegeben. — Einloshäuser. Bei der vom 20. bis 25. Juni 1921 erfolgenden Markenausschreibung werden u. a. auch Sonderzudemerkeln, und zwar lautend über zusammen 3 Pfund auf den Kopf zur Beschaffung von Einloshäuser abgegeben. Die Sonderzudemerkeln über 2 Pfund sind gültig nur bis 15. Juli 1921, die über 1 Pfund bis 31. August 1921. Zudemerkeln dürfen vor Beginn des Gültigkeitsmonats, der jeder Marke aufgedruckt ist, keinesfalls beliefert werden. Händler haben bei Zuwiderhandlungen die Entziehung des Zuderkelns und Beschränkung zu gewärtigen.

## Veranstaltungskalender

Organisierte Genossen der USPD Montag, den 20. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal „Waltawia“, Rautenplatz: Versammlung. Das Erscheinen aller Genossen ist notwendig.

Schliß, Montag, den 20. Juni, im „Bismarckgarten“, Bismarckstraße, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Auf Grund der politischen und wirtschaftlichen Lage wird das Erscheinen jedes Genossen erwartet.

Fernw. Redakteur: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag: Soz.-Verlag, e. G. m. H., Breslau. Druck: Felix Wolff, GmbH., Berlin S. 14.

# Luna-Park

täglich geöffnet.

**Schauspielhaus**  
Operettenabende Tel. N. 2145  
Dienstag abends 7 1/2 Uhr:  
**Mascott Pen.**  
Schauspiel 7 1/2 Uhr:  
Dienstag abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Bohmweiberin.**  
Schauspiel nachm. 5 Uhr:  
**D. Hofeß G. Ambul.**  
Schauspiel abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Bohmweiberin.**

**Liebich-Theater**  
7 1/2 Uhr  
**Eine Nacht im Paradies.**  
Henry Bender, Ida Vard.  
**Zeltgarten**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Einziges Sommertheater in Breslau.

**Gracſia! Berücksichtigt mein Friseur-Geschäft.**  
**H. d. l. Bräun**  
Breslau, Grünstraße 8